„Verschweigen gewisser Tatsachen macht die Geschichte auch nicht besser“

Am 29. Juli 2016 wurde dem Tagblatt *Dolomiten* ein Sonderheft der vom Südtiroler Landespresseamt in die Wege geleiteten Zeitschrift *Das Land Südtirol* anlässlich der 70. Wiederkehr des Pariser Vertrages beigelegt.

Über diese Landes-Publikation sagt **Roland Lang**, der Obmann des von ehemaligen politischen Häftlingen und Südtiroler Freiheitskämpfern gegründeten **„Südtiroler Heimatbundes“ (SHB)** in einer Presseaussendung Folgendes aus:

„Über die Auswahl der Autorinnen und Autoren mag man streiten, aber Fakt ist, dass auch die Landeshauptmänner Karl Eckert und Alois Pupp

Roland Lang

etwas für unser Land getan haben. Alles auf Silvius Magnago und Luis Durnwalder zu konzentrieren, so wie es Landeshauptmann Kompatscher in seinem Vorwort geschrieben hat, wäre politisch kurzsichtig und falsch. Besonders Alfons Benedikter, aber auch Peter Brugger, Hans Dietl, um nur einige Politiker beim Namen zu nennen, haben wesentlich dazu beigetragen, dass das Land halbwegs stabil in die heutige Zeit geleitet wurde,“ so Lang.

„Feuernacht verschwiegen“

„Warum die Feuernacht und die Aktionen der Freiheitskämpfer verschwiegen wird, ist eine Frage, die sich der historisch bewanderte Leser stellen muss. Nicht nur die schweren Menschenrechtsverletzungen durch Folterungen, Urteile in Abwesenheit, usw. bleiben unerwähnt, auch der Meuchelmord an Luis Amplatz und die Machenschaften des Geheimdienstes passten anscheinend nicht in die gezinkte Landesgeschichte“, so Obmann Roland Lang.





Der Südtiroler Freiheitskampf der 1960er Jahre und die an den Folgen der Folter verstorbenen Freiheitskämpfer (hier im Bild Franz Höfler aus Lana bei Meran in der Totenkammer in Bozen) bleiben in der Landespublikation wohl aus politischer Opportunität unerwähnt.

„Wohl absichtlich wurden auch nicht die Übergriffe italienischer Partisanen nach Kriegsende erwähnt. So etwa das Massaker von Gröden, bei dem fünf Bürger des Tales nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ihr Leben lassen mussten. Im Friedhof von St. Christina erinnern ihre Gräber an die Morde! Die Täter wurden nie zur Rechenschaft gezogen“, heißt es in der Aussendung.



Diese Bilder zeigen drei der fünf im Grödental nach Kriegsende von sogenannten italienischen „Nachkriegspartisanen“ ermordeten Südtiroler: Cosmas Demetz, Adolf Senoner und Engelbert Ploner. Ihre Gräber befinden sich auf dem Friedhof in St. Christina im Grödental. **Die „Partisanen“ waren aus dem Cordevole-Tal in der Provinz Belluno gekommen und hatten geraubt und gemordet. Ihre Taten blieben durch die Justiz im**

„demokratischen Italien“ ungesühnt, obwohl die Namen der Räuber und Mörder bekannt waren.

„Hat man Angst vor der Wahrheit oder muss man sich, 70 Jahre nach dem Pariser Vertrag, immer noch verstecken, wenn man eine objektive Geschichtsschreibung forcieren will? Das Verschweigen gewisser Tatsachen macht die Geschichte oder die Erinnerung an manche Vorkommnisse auch nicht besser“, schließt Lang.

Anmerkung des SID hierzu:

Das Verschweigen solcher zeitgeschichtlicher Fakten durch eine amtliche Geschichtsdarstellung in einer Publikation des Landes Südtirol passt zu der laufenden Politik des Landeshauptmannes Kompatscher.

Bezeichnender Weise hat Landeshauptmann Kompatscher am 28. April 2016 eine Vereinbarung mit der **Nationalen Italienischen Partisanenvereinigung ANPI** unterzeichnen lassen, in welcher diesem Partisanen-Traditionsverband ein weitgehendes **Mitgestaltungsrecht bei dem Zeitgeschichte-Unterricht** an Südtirols Schulen eingeräumt wurde. **(**Siehe auch **SID „Mit Zustimmung des Landeshauptmanns: Partisanen-Unterricht für Südtirols Schüler“** vom 17. Mai 2016**)**

Dies tat Kompatscher, obwohl dieser Partisanenverband sich bis heute nicht von den Nachkriegs-Verbrechen zahlreicher zumeist kommunistischer „Partisanen“ distanziert hat.

Auch die nach Kriegsende an schutzlosen Zivilisten begangenen Morde im Grödental wurden bislang von der Partisanen-Vereinigung ANPI nicht verurteilt. Sie fühlt sich wohl auch nicht verpflichtet, dazu Stellung nehmen, solange die Landespolitik solche Fakten verheimlicht.